## Sozialdienst katholischer Frauen Stadt- und Landkreis Karlsruhe e.V.

Akademiestr. 15, 76133 Karlsruhe



## Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung

Um Ihnen eine kompetente und umfassende Unterstützung anbieten zu können ist es notwendig für die Beratung notwendige personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen.

Grundsätzlich unterliegen die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle der Schweigepflicht und dem Datengeheimnis und geben Daten an Dritte nur mit Ihrer schriftlichen Zustimmung weiter, es sei denn, wir sind durch ein Gesetz zu Auskünften oder Mitteilungen verpflichtet. Nach Beendigung der Beratung werden Ihre Daten unter Berücksichtigung der Datenschutzbestimmungen (gemäß dem Kirchlichen Datenschutzgesetz – KDG) gesperrt und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gelöscht. (Sie können die genaue Aufbewahrungsdauer bei uns erfragen). Für unsere Arbeit ist es notwendig innerhalb unseres Arbeitsgebiets untereinander Informationen auszutauschen und uns gegenseitig zu vertreten (z.B. bei Urlaub oder Krankheit). Dazu benötigen wir eine jederzeit für die Zukunft widerrufbare Schweigepflichtsentbindung.

Ich	1	1_ ~		. T	C	4:	~~1~~~~		:11:	~:	4
icn	ทล	me	. (116	: in	iorma	HON	geresen	una	willige	em	Class
1011	IIU		ui.c	, 111	LOTITIO	CIOII	50100011	ullu	******	VIII,	aubb

- meine personenbezogenen Daten im Rahmen der Hilfe mittels elektronischer Datenverarbeitung erhoben, verarbeitet und genutzt werden
- "besondere Kategorien personenbezogener Daten" (z.B. Gesundheitsdaten, Abstammungsdaten), ebenfalls bis auf Widerruf erhoben und gespeichert werden dürfen
- ich meine Beraterin von der Schweigepflicht gegenüber ihren zuständigen Kolleginnen zur internen Bearbeitung und zu Vertretungszwecken entbinde
- ich meine Beraterin von der Schweigepflicht gegenüber einer externen Supervisorin/einem externen Supervisor entbinde

Die von mir erteilte Einwilligung und die Schweigepflichtentbindung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen für die Zukunft widerrufen. Ich wurde darüber informiert, dass es im Falle eines Widerrufs zu Einschränkungen in der Beratung kommen kann bis hin zur Beendigung der Hilfe.

Karlsruhe, den	
	Unterschrift